Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

10 Goldpfennig = 100 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Montag, 30. Juni 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

30. 6. a Nr. 303 100 Milliarden
63. Jahrgang.

Gegen Diktat und Schuldlüge.

Kundgebung im Reichstag.

Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände, dem rund 700 Organisationen aller Parteirichtungen angehören, veranstaltete Sonntag vormittag im Plenarsaal des Reichstags aus Anlaß der fünfjährigen Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Versailler Vertrages eine machtvolle Kundgebung gegen das Friedensdiktat von Versailles und gegen die Kriegsschuldlüge. Auf den Regierungsbänken sah man u. a. Reichskanzler Marx, die Reichsminister Stresemann, Luther, Jarres, Brauns, Geßler und Hamm.

Nach Begrüßungsworten des Vizepräsidenten des Reichstags Geheimrats Dr. Rießer hielt Reichstagsabgeordneter Geheimrat Prof. Dr. Kahl das allgemeine Referat, in welchem er flammenden Protest erhob gegen das Verbrechen an unserem Volkstum, unserem Besitz und unserer Ehre. Weiter sprachen der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Hoetzsch über Ostmark und Schuldlüge, der Reichstagsabgeordnete Osteroth für den besetzten Westen, der Landtagsabgeordnete Mantke für Oberschlesien, Dr. Boysen für Nordschleswig, der Reichsminister a. D. und Reichstagsabgeordneter Dr. Dernburg über die Kolonialschuldlüge. Starker Beifall lohnte die Redner. Einmütig angenommen wurde folgende

Entschließung:

„Die aus Anlaß der fünfjährigen Wiederkehr der Unterzeichnung des Versailler Diktats am 29. Juni 1924 im Reichstagsgebäude versammelten deutschen Männer und Frauen aller Schichten und Parteien wünschen Frieden, einen Frieden der Gerechtigkeit. Die Versprechungen des Wahl-Programms sind nicht gehalten worden, und am fünften Jahrestage des Versailler Diktats ist Deutschland, ist Europa, ist die ganze Welt im Zustand völliger Unordnung. Deutschland hat ehrlich abgerüstet, die anderen Völker sind diesem Beispiel nicht gefolgt. Trotz des kraftvollen Widerspruchs der Bewohner im Norden, Osten und Westen wurden dem Reich wertvolle Gebietsteile genommen; mit der Lüge der Kolonialschuld wurde es seiner überseeischen Kolonien beraubt. Mit der Lüge von der deutschen Schuld am Kriege und der deutschen Schuld im Kriege wird es heute noch in der ganzen Welt verleumdet.

Am Tage von Versailles gedenkt das deutsche Volk mit Trauer und Teilnahme der qualvollen Leiden der deutschen Brüder und Schwestern in den abgetretenen und besetzten Gebieten. Es steht bewundernd vor der Widerstandskraft aller Stämme in Ost und West, in Nord und Süd, die trotz aller Bedrückungen ihr Deutschtum heldenmütig behaupten. Es verspricht, sie im Kampf um ihr Volkstum nie im Stich zu lassen, es gelobt, die Volksgenossen am Rhein und Ruhr mit allen Kräften zu unterstützen in ihrem zähen Widerstand gegen alle Bestrebungen, ihre Heimat vom Vaterland loszureißen oder wie das Saargebiet zu neutralisieren. Das deutsche Volk wird sich nach wie vor mit seiner ganzen Kraft wehren gegen alle Versuche, das Reich zu zerschlagen, die deutsche Wirtschaft zu zerstören, und die deutsche Volkskraft vernichtend zu treffen. Es wird sich nach wie vor mit aller Entschiedenheit gegen die Verleumdungen des deutschen Namens in der Welt wenden.

Die deutsche Reichsregierung hat durch Oeffnung ihrer Archive der Wahrheit die Bahn geöffnet. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat die amtliche Aufrollung der Kriegsschuldfrage zugesagt. Wir werden uns einmütig hinter jede Reichsregierung stellen, die in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung und in Uebereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volke in amtlich-diplomatischen Verhandlungen erklärt, daß die Schuldanklage den geschichtlichen Tatsachen widerspricht, und daß das Schuldbekenntnis vom deutschen Volk in wehrloser Stunde unter Protest erzwungen worden ist. Wir verlangen endlich Recht und Gerechtigkeit und einen wahren dauerhaften Frieden. Wir fordern Wiederherstellung unserer Freiheit und unserer Ehre, wir fordern Ansehen und Gleichberechtigung in der Welt."

Zum Schluß sprach die Reichstagsabgeordnete Frau Clara Mende für die deutsche Frau und Wilhelmine Tietz vom Hochschulring ein Gelöbnis der deutschen Jugend. Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes fand die Kundgebung ihren Abschluß.

*

In Berlin und im Reich fanden am Sonntag zahlreiche andere Kundgebungen gegen die Kriegsschuldlüge statt. Besonders imposant waren die Massenversammlungen in Hamburg und die des Deutschen Kampfbundes gegen die Kriegsschuldlüge in München.

hem. **Hamburg**, 30. 6. (Eigenbericht.) Die hier angenommene Entschließung gegen die Schuldlüge gipfelt in folgender Mahnung: „Wir fordern mit heiligem Ernst von der deutschen Regierung, daß sie mit dem gesamten deutschen Volk den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge aufnimmt und im Inland und Ausland, gestützt auf die Ergebnisse der Wissenschaft, die Kriegsschuldlüge amtlich aufrollt."

Immer noch Besatzungschikanen.

Essen, 30. 6. (T. U.) Wegen des in Lünen am 9. 6. verübten Attentats hat der kommandierende General der Besatzungstruppen den Zugverkehr auf der Strecke Lünen-Dortmund auf 2 Arbeitszüge täglich beschränkt.

Die Verhandlungen mit der Micum.

W. T. B. meldet: Die Vertreter des Ruhrbergbaus haben am gestrigen Sonntage in der Frage der Micumverträge mit kurzer Unterbrechung von 11 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends mit der Reichsregierung verhandelt. Auf Grund der ihnen erteilten Instruktionen werden sie heute die Verhandlungen mit der Micum in Düsseldorf wieder aufnehmen.

Berliner Kurse vom 30. 6.:

Dollar: unverändert Zuteilung 100 %
Pfund: ℳ 17,50 Bill., Zuteilung 100 %

Deutschlands Antwort auf die Militärkontrollnote.

Annahme der Generalinspektion. — Der 30. September als Schlußtermin gefordert.

Die deutsche Antwortnote, die der deutsche Botschafter in Paris in der Frage der Militärkontrolle dem französischen Ministerpräsidenten überreicht hat, hat folgenden Wortlaut:

Herr Präsident!

Namens der deutschen Regierung habe ich die Ehre, Ihnen den Empfang der Note vom 28. Mai 1924 sowie des Schreibens, das Eure Exzellenz gemeinsam mit dem Königlich Großbritannischen Herrn Ministerpräsidenten am 24. Juni dem Herrn Reichskanzler haben überreichen lassen, zu bestätigen. Die deutsche Regierung hat volles Verständnis für den Wunsch, die internationale Lage nicht gerade in dem Augenblick zu belasten, wo die Aussicht auf eine schnelle Durchführung des Sachverständigengutachtens die Hoffnung aufkommen läßt, daß eine endgültige Regelung der Reparationsfrage und damit zugleich die Grundlage eines allgemeinen und wirklichen Friedens zwischen den beteiligten Völkern gefunden werden kann. Sie will daher ihre Stellungnahme zu der Frage der Militärkontrolle in dem gleichen Geiste der Offenheit darlegen, von dem das Schreiben an den Herrn Reichskanzler vom 24. Juni getragen war.

Es ist eine irrige Auffassung, wenn in den alliierten Ländern geglaubt wird, daß in Europa neue bewaffnete Konflikte zu befürchten seien von der zunehmenden Aktivität deutscher Organisationen, die mehr oder weniger offen militärische Vorbereitungen träfen. Die deutsche Regierung kann und will nicht in Abrede stellen, daß sich in Deutschland zahlreiche Organisationen befinden, die sich die körperliche Ertüchtigung der deutschen Jugend zur Aufgabe setzen. Diese Organisationen gehen aber bei ihren Bestrebungen von dem Gedanken aus, daß die frühere allgemeine Wehrpflicht nicht nur einen militärischen, sondern auch einen hervorragend erzieherischen Charakter hatte. **Tatsächlich ist die Erziehung der Jugend zur Achtung vor den Gesetzen der Ordnung und Disziplin wesentlich durch die allgemeine Wehrpflicht gefördert worden. Manche Erscheinungen der Gegenwart, die geradezu eine Verwahrlosung der Jugend erkennen lassen, müssen auf das Fehlen dieser militärischen Zucht und Erziehung zurückgeführt werden.** Jedes Volk wird bestrebt sein, sich eine gesunde und körperlich kräftige Jugend heranzubilden. Gegenüber den Gefahren, die der Entwickelung der Jugend drohen, ist die Ausbildung des Körpers die beste Gegenwehr. Die große Entwicklung auf sportlichem Gebiete, die in anderen Ländern weit früher als in Deutschland vor sich gegangen ist, hat etzt auch in Deutschland dazu geführt, daß in der Jugend der sportliche Geist in immer größerem Maße gepflegt wird. **Die sportlichen und turnerischen Vereinigungen der deutschen Jugend irgendwie in Verbindung zu bringen mit militärischen Vorbereitungen Deutschlands, ist daher nicht berechtigt.** Damit wird der Geist der hier geübten Erziehung, der der Geist jeder gesunden Nation sein muß, völlig verkannt. Das deutsche Volk lehnt den Gedanken an Krieg ab, und unter allen politischen Faktoren besteht Einigkeit darüber, daß eine heimliche Waffenrüstung als ebenso unmöglich wie gefährlich abzulehnen ist. Demzufolge hat die Reichsregierung sich auch ernstlich bemüht, die Entwaffnung gewisser politischer Verbände, die mit den Turn- und Sportvereinen nicht verwechselt werden dürfen, rücksichtslos durchzuführen, so daß von einer ernsthaften Bewaffnung dieser Verbände nicht mehr die Rede sein kann.

Dabei will die deutsche Regierung aber nicht verhehlen, daß im deutschen Volke eine tiefgehende Erbitterung über die gegenwärtige Lage Deutschlands herrscht, eine Erbitterung, die sich in Protesten und Demonstrationen Luft macht. Diese Entwicklung der deutschen öffentlichen Meinung kann niemanden überraschen, der sich vor Augen hält, was Deutschland in den Jahren nach dem Kriege hat erdulden müssen. Es liegt der deutschen Regierung fern, Wunden der Vergangenheit aufzureißen; aber sie muß darauf hinweisen, daß diese ganze Bewegung niemals eine solche Ausdehnung und niemals einen solchen Charakter erhalten hätte, wenn man Deutschland gegenüber von vornherein eine Politik der Verständigung getrieben und ihm die gleichberechtigte Mitarbeit zugestanden hätte. Das deutsche Volk hat die Empfindung, daß man ihm gegenüber jede Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Fähigkeiten, vor allem aber jede Rücksicht auf sein berechtigtes Selbstgefühl hat vermissen lassen. **In einem Lande, das mit demselben Stolz an seiner Geschichte hängt wie andere Nationen, konnte dies nicht ohne Rückwirkung bleiben.** Manche Aeußerungen von Staatsmännern der alliierten Mächte lassen darauf schließen, daß sich die Erkenntnis dieser Zusammenhänge Bahn zu brechen beginnt; mit um so größerem Rechte glaubt die deutsche Regierung ihrerseits hervorheben zu müssen, daß hier tatsächlich die Ursachen derjenigen Bewegung liegen; die in dem Schreiben an den Herrn Reichskanzler beklagt werden.

Im übrigen glaubt die Deutsche Regierung die Tatsache feststellen zu können, daß es keinen ernsthaften Militär in der ganzen Welt gibt, der die Meinung haben könnte, daß Deutschland, selbst wenn es wollte, irgendwie imstande wäre, in Europa bewaffnete Konflikte hervorzurufen. Deutschlands technische Mittel, die materielle Stärke seiner Armee sind geringer als diejenigen auch nur kleiner Staaten. In einer Zeit, welche die technische Entwicklung der Kriegswaffen auf das äußerste ausgebildet hat, besitzt Deutschland keine dieser modernen Kriegswaffen. Deutschland hat seit dem Frieden beispielsweise kne einzge neue Kanone hergestellt; es besitzt gegenwärtig nicht einmal dasjenige Quantum an Munition, das ihm nach dem Vertrage von Versailles zusteht; es ist überhaupt in einen Zustand der Waffenlosigkeit versetzt, der ohnegleichen in der Geschichte der Völker dasteht. **Das deutsche Volk kann es deshalb schlechterdings nicht verstehen, daß man von diesem Deutschland eine Bedrohung des europäischen Friedens befürchtet und derartige Befürchtungen nicht vielmehr an die Tatsache knüpft, daß der Gedanke der allgemeinen Abrüstung bei den anderen Nationen bisher keine nennenswerten Fortschritte gemacht hat.**

Die öffentliche Meinung in Deutschland lehnt sich gegen eine erneute Kontrolle seitens der Interalliierten Militärkontrollkommission deshalb auf, weil diese Kontrolle ihr ständig einen Eingriff in die Reichssouveränität vor Augen führt, der an sich schon etwas ganz besonders Verletzendes hat und der ihr überdies im Vertrag von Versailles heute nicht mehr begründet erscheint; sie glaubt, daß die deutsche Abrüstung, soweit sie anerkanntermaßen zu einer bestimmten Zeit durchgeführt war, für die Interalliierte Militärkontrollkommission auch endgültig erledigt sein muß. Die deutsche Regierung kann auch ihrerseits von dem Rechtsstandpunkt den sie in ihren früheren Noten ausführlich dargelegt hat, nicht abgehen, und sie hält diesen Rechtsstandpunkt ausdrücklich aufrecht.

Wenn sie daraus jetzt gleichwohl nicht die praktischen Folgerungen zieht, so ist für sie hierbei die inzwischen eingetretene Veränderung der gesamtpolitischen Lage bestimmend. Die deutsche Regierung mußte früher unter dem Eindruck stehen, daß die alliierten Regierungen die Militärkontrolle Deutschlands zu einer dauernden machen wollten. **Demgegenüber hat die Note der Botschafterkonferenz vom 28. Mai den Gedanken der Einsetzung eines Garantiekomitees an Stelle der Militärkontrollkommission fallen lassen und die geforderte Generalinspektion des Ergebnisses der Durchführung der befristeten Vertragsbestimmungen ausdrücklich als den Schlußakt der Interalliierten Militärkontrolle bezeichnet. In dem gemeinsamen Schreiben Euerer Exzellenz und des Königlich Großbritannischen Herrn Ministerpräsidenten ist dies erneut zum Ausdruck gekommen. Die Zurückziehung der Kontrollkommission wird hier für einen möglichst nahen Zeitpunkt in Aussicht gestellt, und wird der lebhafte Wunsch ausgesprochen, die interalliierte Kontrolle durch das im Artikel 213 des Versailler Vertrages dem Völkerbund übertragene Untersuchungsrecht ersetzt zu sehen.** Darüber hinaus glaubt die deutsche Regierung wahrnehmen zu können, daß die gegenwärtige allgemeine Lage durch das Bestreben gekennzeichnet ist, an die Stelle einer Politik, die deutscherseits als Gewaltpolitik bekämpft werden mußte, eine Politik der Verständigung zu setzen, eine Politik, die zugleich mit der Lösung der Reparationsfrage auch die Beendigung aller Kampfmethoden umfaßt, die bisher zur Erzwingung dieser Lösung angewandt wurden. Die schweren Opfer, welche die deutsche Regierung von dem deutschen Volke verlangen muß, um die Gedanken des Sachverständigengutachtens in die Tat umzusetzen, sind nur in der Ueberzeugung tragbar, daß dem deutschen Volke seine vertragsmäßigen Rechte wieder gesichert werden und daß somit die Lösung der Reparationsfrage nicht nur einen finanziellwirtschaftlichen Akt darstellen, sondern eine neue Aera in den Beziehungen der Völker einleiten wird.

In dem Vertrauen darauf, daß diese Auffassung von den alliierten Regierungen, daß es sich bei der geforderten Generalinspektion um den Abschluß der interalliierten Militärkontrolle und um den Uebergang zu dem in Artikel 213 des Vertrages vorgesehenen Verfahren handeln soll, ist die deutsche Regierung bereit, die Generalinspektion zuzulassen. Sie ist sich bewußt, daß sie dem deutschen Volke damit eine außerordentliche seelische Belastung zumutet. Sie setzt deshalb voraus, daß über die Modalitäten der Durchführung der Generalinspektion zwischen den alliierten Regierungen und der Deutschen Regierung eine Verständigung gefunden wird, die es ermöglicht, die Kontrolle in einer Weise durchzuführen, die bereits von dem Geist erfüllt ist, der die Beziehungen der Völker in Zukunft regeln soll, dem Geiste der Achtung und des vertrauensvollen Zusammenwirkens, ohne den eine wirkliche Befriedigung dieser Beziehungen undenkbar ist. **Die Deutsche Regierung darf ferner der Erwartung Ausdruck geben, daß die Interalliierte Militärkontrollkomission die Generalinspektion mit allen Mitteln beschleunigt. Die genaue Kenntnis aller einschlägigen Verhältnisse wird es den seit Jahren eingearbeiteten Mitgliedern der Kommission zweifellos ermöglichen, die Kontrolle in kürzester Zeit zu Ende zu bringen; die Deutsche Regierung bittet daher, als Schlußtermin für die Generalinspektion den 30. September zu bestimmen.**

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung usw."

Rücktritt der italienischen Minister

Mussolini bleibt.

fr. **Mailand**, 30. 6. (Eigenbericht.) **Sämtliche Minister und Unterstaatssekretäre haben Mussolini am Sonnabend ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt. Am Dienstag bereits soll die neue Ministerliste herauskommen.** Es heißt, daß folgende Minister nicht mehr in das Amt zurückkehren werden: der Unterrichtsminister, der Minister für öffentliche Arbeiten, der Verkehrsminister (der erst vor einigen Wochen sein Amt angetreten hat) und der Wirtschaftsminister. Die Unterstaatssekretärstellen sollen alle neu besetzt werden.

Ueber den früheren Unterstaatssekretär Finzi verlautet, daß ihn die Fascistische Partei ausgestoßen habe, als er in einem Brief mit Enthüllungen drohte. Als er dann in einem zweiten Brief Mussolini Treue gelobte, ist er wieder zur Partei zugelassen worden.

In Mailand ist einer der Mörder Matteottis, Provocomo, verhaftet und nach Rom gebracht worden. Unter ungewöhnlicher Beteiligung fand gestern die Beerdigung des Straßenbahners statt, der von Fascisten ermordet worden war. Die Gedächtnisrede hielt der frühere sozialistische Bürgermeister von Mailand.

Der Charakter der Ruhrbesetzung unverändert.

Die Abstimmung in der Kammer. — Pariser Quertreibereien.

sk. **Paris**, 30. 6. (Eigenbericht.) Das Verhalten des deutschen Reichstags wird mit großer Spannung beobachtet. Man vermutet, die erforderlichen Gesetze sollten in dritter Lesung erst nach dem 16. Juli, also erst auf der Grundlage der Beschlüsse der Londoner Konferenz angenommen werden. „Ere Nouvelle" sagte gestern, sie glaube die Absichten Herriots nicht zu verraten, wenn sie behaupte, **es werde gar keine internationale Konferenz stattfinden, wenn die französischen Gesetze nicht vor dem 16. Juli bewilligt seien.** „Liberté", „Gaulois" und andere Blätter fürchten die Verhandlungen in London, die dem Geiste von Versailles tödlich werden könnten, weil England für die deutschen Beschwerden sehr zugänglich sein soll.

Obwohl also die hiesige öffentliche Meinung in gespanntester Erwartung dem Verhalten der deutschen Regierung entgegensieht, beschäftigt sich die Presse am Sonntag weit mehr mit der Samstag-Abstimmung in der französischen Kammer vom Samstag, über die Kredite für Rhein- und Ruhrbesetzung, und zwar besonders mit dem Verhalten der Sozialisten. Das Tatsächliche ist (im größten Teil der Sonntagsausgabe. — Red.) bereits gemeldet worden. Bekanntlich hatte, als über die Militärkredite abgestimmt werden sollte, Blum an sichtlicher Aufregung darauf hingewiesen, die Sozialisten könnten trotz ihres Vertrauens für Herriot und ihrer Unterstützungspolitik für die Regierung die Ruhrkredite nicht bewilligen, und sie würden daher sich der Abstimmung enthalten. Es leisteten jedoch nur 61 Abgeordnete der Weisung des Parteichefs Folge, während 43 für die Ruhrkredite gestimmt haben. Als später über das Gesamtbudget, in dem die Ruhrkredite enthalten sind, abgestimmt wurde, ergab sich, daß alle Sozialisten ihre Stimmzettel für das Budget abgegeben hatten. **Die Ausgaben für die unrechtmäßige Okkupation des Ruhrgebiets sind also mit noch nie so großer Mehrheit bewilligt worden.** Die Rechte hatte erklärt, sie stelle das nationale Interesse über das parteipolitische und stimme ebenfalls für das Budget. Die Presse begleitet diese Vorgänge mit größter Aufmerksamkeit. **Man kann es nicht bestreiten, daß Herriot die Ruhrkredite mit den gleichen Worten verteidigt hat, wie es vor einigen Monaten noch Poincaré tat. Man sieht ferner, daß sich der Charakter der Ruhrbesetzung nicht geändert hat.** Während aber vorher alle damaligen 53 Sozialisten gegen die Ruhrbesetzung stimmten, hat vorgestern von den 104 Sozialisten niemand dagegen gestimmt und 43 haben dafür gestimmt. Haben sich also Regierungsauffassung und Ruhrangelegenheit nicht geändert, müssen sich die Sozialisten geändert haben. Die Rechtspresse macht sich über die Sozialisten lustig. Kommunisten und Anarchisten schreien über sozialistischen Verrat.

*

Für diejenigen unserer Berliner Leser, die in der Sonntagsausgabe der „D. A. Z." den ausführlichen Bericht über die Sonntagsitzung der französischen Kammer nicht fanden, sei folgendes nachgetragen:

Nachdem General Nollet, der Kriegsminister, die französischen Truppen an Rhein und Ruhr gegen den Vorwurf der Verschwendung und Geldverschleuderung in Schutz genommen hatte, verlangte der Abgeordnete Philippoteaux vom Kriegsminister eine Untersuchung der Zustände bei der Besatzungsarmee.

Nach weiteren Auseinandersetzungen über den gleichen Gegenstand wurde die Generaldebatte geschlossen und die Artikel 1 und 2, die dem Finanzminister für die Wiederaufbauausgaben provisorische Kredite in Höhe von 5 278 765 135 Franken für Juli, August, September, Oktober und November 1924 eröffnen, mit 457 gegen 27 Stimmen angenommen, Artikel 3, der 280 987 800 Franken für den Unterhalt der Besatzungstruppen im Auslande auswirft, fand Annahme mit 457 gegen 26 Stimmen. Der letzte Artikel, der die Ruhrkredite enthält, wurde von den Sozialisten angenommen.

Ministerpräsident Herriot hatte folgendes erklärt: „Dadurch, daß wir von der Kammer verlangen, die Ruhrkredite zu bewilligen, geben wir nichts von unserer ministeriellen Erklärung preis. Welche Meinung man auch über die Ruhrpolitik haben kann, jetzt in dem Augenblick, in dem wir verhandeln, können wir das Ruhrgebiet nicht räumen. Das würde bedeuten, daß Frankreich seine Rechte aufgibt."

Darauf hatte der Ministerpräsident die Vertrauensfrage gestellt.

Wirbelsturmkatastrophe in Ohio.

Die Stadt Lorain zerstört.

Paris, 30. Juni. (T. U.) **Nach einer Havasmeldung aus Cleveland (Ohio) ist die Stadt Lorain von einem Wirbelsturm heimgesucht worden. 300 Personen sollen getötet und 1500 verwundet worden sein. Ein Augenzeuge, der aus Lorain eintraf, behauptet, die Stadt sei völlig zerstört worden. Infolge Unterbrechung der telephonischen und telegraphischen Verbindung war es unmöglich, eine Bestätigung dieser Nachrichten zu erlangen. Die Feuerwehr von Elyria, die nach Lorain entsandt worden war, hat Hilferufe ausgeschickt und mitgeteilt, daß einige Hundert Personen bei dem Einsturz des Theaters Verletzungen davongetragen haben. Der Bürgermeister von Sanduski hat die Behörden in Kolumbus dringend um Entsendung von Truppen gebeten und erklärt, die Stadt liege in Trümmern. Nach späteren Nachrichten, die offiziell noch nicht bestätigt sind, soll die Zahl der Opfer in Lorain ungefähr 100 betragen.**

London, 30. 6. (T. U.) Nach einer Reutermeldung aus Cleveland sind dem Orkan, der die Stadt Lorain heimsuchte, insgesamt 50 Personen zum Opfer gefallen. 118 wurden verwundet. In Ladusky sind sechs Personen dem Sturm zum Opfer gefallen. Der Bürgermeister berichtet, daß 7000 Personen in Lorain obdachlos sind. Nur zwei Gebäude in der Stadt sind unversehrt. Die Behörde hat über die vom Sturm heimgesuchte Gegend den Belagerungszustand verhängt, um Plünderungen vorzubeugen.

Weitere Meldungen besagen: Das Stadttheater in Lorain, das 200 Personen umfaßt, wurde zerstört und 165 Leichen aus den Trümmern hervorgezogen. Der Sachschaden soll sich auf mehr als 12 Millionen Dollar belaufen. Man fürchtet, daß der Dampfer, der den Verkehr auf dem Eriesee versieht und zurzeit des Sturmes 200 Passagiere an Bord hatte, infolge des Unwetters untergegangen ist. Der Gouverneur von Cleveland hat Bundestruppen in die heimgesuchte Gegend entsendet.

Ein Augenzeuge der Katastrophe gibt folgende Beschreibung: Meine Frau und ich begaben uns im Automobil nach Lorain. Einige Kilometer vor der Stadt begegneten wir einem aus der Stadt kommendem Auto, dessen Chauffeur uns sagte, daß ein Wirbelsturm den Ort zerstört habe. Wir setzten jedoch unseren Weg fort, aber bald versperrten uns entwurzelte und übereinandergeworfene Bäume den Weg. Wir gingen zu Fuß nach der Stadt, überall Ruinen, Häuser ohne Dächer, zahlreiche Gebäude brannten. In den Straßen liefen Männer, Frauen und Kinder herum. Unter den Ruinen bemerkte man hier und da verstümmelte Körper. Das Kinomatographentheater war ebenfalls eingestürzt und hatte 80 Leichen unter den Trümmern begraben.

Amerika und der Völkerbund.

c. **New York**, 30. 6. (Eigenbericht.) Die südkarolinische Abordnung zum demokratischen Konvent schlug als Kandidaten für den Posten des Vizepräsidenten die Abgeordnete Lena Jones Spring vor, die Frau des Abgeordneten Leroy Spring. Ihre Aufstellung mag eine große Anzahl von Stimmen erhalten als ein Kompliment für ihre Schönheit und ihren persönlichen Zauber, aber außerhalb des Kreises des südlichen Verbandes der Frauenvereine, über den Mrs. den Vorsitz führt, wird die Sache nicht als ernst aufgefaßt.

Die Kukluxfrage beherrscht den Konvent. **Mc Adoos Vorschlag eines Volksentscheids über Amerikas Eintritt in dei Völkerbund mit ²/₃ Stimmen Mehrheit in die demokratische Plattform aufgenommen,** woraus schon zeitig die Stärke des Anhanges Mc Adoos erhellt.

Die Südamerikareise des italienischen Kronprinzen.

fr. **Mailand**, 30. 6. (Eigenbericht.) Am Montag wird der italienische Kronprinz seine Reise antreten, die ihn in Begleitung eines Militärgouverneurs nach Südamerika führt. Das Geschwader besteht aus den Kreuzern „San Giorgio" und „San Marco" und wird Rio de Janeiro, Buenos Aires, Bahia und vor allem die italienischen Kolonien an der Ostküste besuchen. Der Admiral Bonaldi hat den Auftrag erhalten, sich mit der Propaganda-Organisation für das Ausland „Dante Alighieri" ins Benehmen zu setzen.

DAZ IM BILDE

Vom **Juli** ab erhält die „DAZ" wieder eine ständige, reich illustrierte **Sonntagsbeilage** unter dem Titel:

„DAZ im Bilde".

Eine Erhöhung des Bezugspreises findet nicht statt.

Die Entwicklung seit Chequers.

Von unserem Berichterstatter.

a. **London**, 28. 6.

„Wenn man die Informationen aus französischer und englischer Quelle über die gestrigen Besprechungen einander gegenüberstellt, so ergeben sich erhebliche Abweichungen in der Darstellung der politischen Gesamtlage. In zwei Punkten ist der gegenwärtige Stand der Dinge indessen vollkommen klar: nämlich darin, daß die gestrigen Verhandlungen, abgesehen von der Einberufung einer neuen Konferenz, in keiner einzigen Frage zu einem sachlichen Ergebnis geführt haben, und sodann darin, daß dies vollkommen durch die Haltung Herriots verursacht wurde, der in allen entscheidenden Punkten an der Politik Poincarés so gut wie vollkommen festhielt. Man muß schon ein Vergrößerungsglas zu Hilfe nehmen, um überhaupt einen sachlichen Unterschied entdecken zu können."

Mit diesen Worten wurde hier unmittelbar nach der Zusammenkunft von Chequers das Ergebnis dieser Besprechungen zusammengefaßt. Die Widersprüche zwischen der französischen und der englischen Darstellung haben inzwischen eine Woche lang stürmische Wellen in der politischen Diskussion geschlagen und zu Auseinandersetzungen geführt, die es in der Tat schwer machen, keine Satire auf die neue Politik des Vertrauens zu schreiben. Aber es hätte wenig Wert, auf diese Dinge näher einzugehen. Das Geheimnis scheint darin zu liegen, daß Herr Mac Donald keine Unterschiede macht zwischen Aeußerungen, die er offiziell und die er „privatim" tut, und daß andererseits Herr Herriot gegenüber der Geheimdiplomatie seines englischen Kollegen in den entgegengesetzten Fehler verfiel. Im übrigen genügt es, wenn dieser Zwischenfall auf deutscher Seite zur Warnung dient, und wenn die deutschen Linksparteien endlich begreifen, daß sich auch heute auf der reinen Harmlosigkeit eines Candide noch immer keine internationale Politik treiben läßt.

Dagegen dürfte es angebracht sein, kurz die Entwicklung darzustellen, die sich seit Chequers in den wichtigsten Einzelfragen vollzogen hat. Die beiden Ministerpräsidenten haben seither in ihren Parlamenten mehrfach Erklärungen abgegeben, und es liegen auch eine Reihe anderer Auslassungen vor, die Aufmerksamkeit verdienen. Im ganzen erscheint jetzt die Lage in den wesentlichen Punkten genügend geklärt, um jeden, der nur sehen will, ein ziemlich sicheres Urteil zu ermöglichen.

1. Militärische Räumung des Ruhrgebietes. In der englischen Presse wurde bekanntlich behauptet, daß diese Frage keine besonderen Schwierigkeiten mehr mache. Herriot lege auf die militärische Besetzung keinen Wert, und es sei zu erwarten, daß die Zurückziehung der Truppen in spätestens sechs Monaten erfolgen werde. Weshalb die Dinge auf englischer Seite in dieser Weise dargestellt wurden, liegt auf der Hand: es konnte nur nützlich sein, Deutschland möglichst zu beruhigen und alles zu vermeiden, was zu neuen Widerständen gegen den Finanzbericht führen mußte (wahrscheinlich liegt hier auch einer der wichtigsten Gründe für die seltsame Geheimnistuerei Mac Donalds: je weniger über die Verhandlungen in die Oeffentlichkeit geriet, desto besser für die Beschwichtigung Deutschlands). Wie nicht anders zu erwarten war, ist natürlich auch diese gefährliche Irreführung englischer Zeitungen in die deutsche Presse gelangt. Demgegenüber wurde hier betont, „daß Frankreich sich im gegenwärtigen Stadium der Dinge auf bestimmte Abmachungen über die Ruhrräumung überhaupt nicht festlegen könne." Heute ist diese Frage durch die Kammererklärungen Herriots vollkommen geklärt: er hat in Chequers keinerlei Verpflichtungen für einen bestimmten Räumungstermin übernommen, wie es Herr Stresemann vorgeschlagen hatte. Frankreich will sich auch nicht mit der Auslieferung der deutschen Garantiebonds an die Reparationskommission begnügen, sondern es will die Räumung davon abhängig machen, daß die Bonds vom internationalen Kapitalmarkt aufgenommen werden. Ein ganzer Rattenkönig von neuen Komplikationen müßte sich notwendigerweise an eine derartige Vereinbarung knüpfen, die in der Praxis nichts anderes bedeuten würde, als daß Frankreich überhaupt keine feste Räumungsverpflichtung übernimmt. „Herr Herriot vertritt in dieser Frage very much den gleichen Standpunkt wie vorher Poincaré". (Manchester Guardian.)

2. Sanktionen. Wir sagten in unserem ersten Bericht: „Herriot ist der Meinung, daß durch die Annahme der entsprechenden Gesetzentwürfe im Deutschen Reichstage die Durchführung des Berichtes in keiner Weise gesichert sei und daß Frankreich gar nicht daran denken könne, auf andere Garantien zu verzichten." Auch dieser französische Standpunkt widerspricht durchaus dem, was man bisher in London hören konnte. Von amtlicher und halbamtlicher englischer Seite wurde bisher immer sehr treffend auseinandergesetzt, daß der Bericht an Deutschland Forderungen stelle, die im Vertrage nicht begründet seien, daß deshalb die freiwillige Zustimmung Deutschlands notwendig sei und daß also von Sanktionen irgendwelcher Art (auch wirtschaftlichen) keine Rede sein könne. Sowohl aus den Erklärungen Mac Donalds wie aus denjenigen Herriots geht hervor, daß die englische Regierung diesen Standpunkt nicht aufrechthält. Was immer auch Herr Mac Donald mit jenen Aeußerungen gemeint haben mag, die in Paris als ein Defensivabkommen gedeutet wurden: er gibt jedenfalls selbst zu, daß er die Hilfe Englands versprach, falls deutsche Verfehlungen bei Durchführung des Berichtes eintreten sollten. Den Rest erfährt man aus den Erklärungen Herriots. Im Manchester Guardian (wir berufen uns mit Absicht immer auf ein englisches Urteil, und zwar auf das Urteil eines Blattes, das zu den eifrigsten Verteidigern des Berichtes gehört) heißt es darüber: „Wenn hinter den Worten Herriots irgendein Sinn steckt, so hat Mac Donald also das Prinzip der Sanktionen im Falle einer deutschen Verfehlung angenommen." Resultat: falls die deutschen Verpflichtungen sich als untragbar erweisen sollten, wird sich Deutschland abermals einer gemeinsamen Gewaltpolitik der Alliierten gegenübersehen. Eine Antwort an